

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

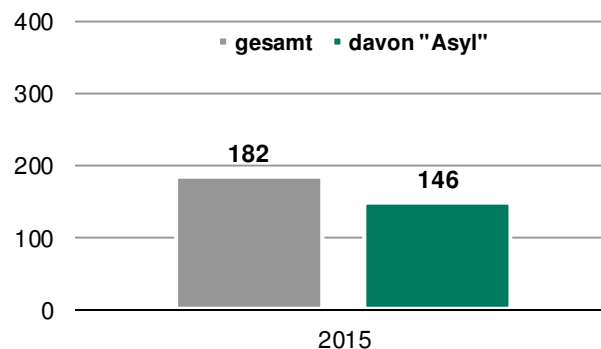
Extremismus im Freistaat Sachsen

Linksextremismus

Im Fokus – Instrumentalisierung der Asylthematik durch Linksextremisten

Die Flüchtlingssituation sowie Fragen zur Asylpolitik stellten im Berichtszeitraum auch für die sächsische linksextremistische Szene ein Thema von herausragender Bedeutung dar. Dies zeigte sich daran, dass im Jahr 2015 ca. 80 % der Aktionen zum Thema „Antirassismus“ / Asyl durchgeführt wurden.¹

Demonstrationen / Aufzüge / Gegenproteste von oder mit Beteiligung von Linksextremisten im Freistaat Sachsen im Jahr 2015



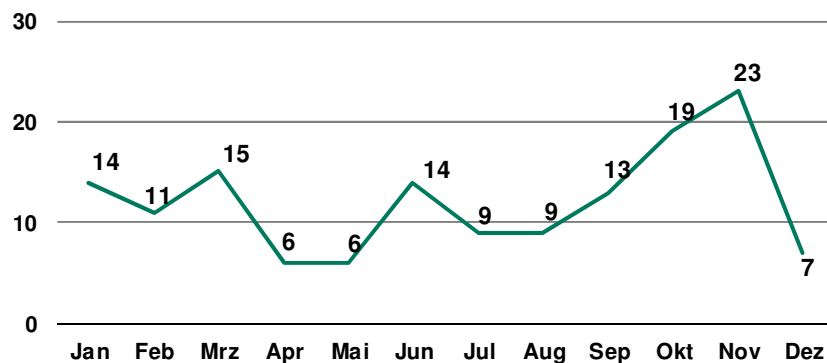
Dieses Thema bot Linksextremisten nicht nur Anlass für öffentliche Aktionen; sie hatten so die Möglichkeit, in der Öffentlichkeit im eigenen Interesse zu agitieren. Welche Aktionsformen sie im Verlauf des Jahres 2015 dafür nutzten bzw. ob und in welcher Form sie die Asylthematik für ihre Zwecke instrumentalisieren, sind die zentralen Fragen des Beitrages.

Die Schwankungen im Jahresverlauf stehen einerseits im Zusammenhang mit den GIDA-Demonstrationen in Dresden, Leipzig und Chemnitz und den entsprechenden Gegenprotesten der linksextremistischen Szene. Das zeigte sich deutlich im März, als dort wöchentlich Demonstrationen stattfanden, zu denen Linksextremisten Gegenaktionen initiierten. Andererseits waren es auch die Asylpolitik der Bundesregierung und die praktische Umsetzung im Freistaat Sachsen, die Linksextremisten zu Aktivitäten veranlassten. Dies spiegelt sich in einem deutlichen Anstieg der Aktionen zwischen August und November 2015 wider.

¹ Hinsichtlich der Themenfelder ist zu beachten, dass die Summe der einzelnen Themenfelder nicht der Gesamtzahl der Aktionen entspricht, da eine Aktion mit mehreren Themenfeldern belegt sein kann.

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Anzahl der Demonstrationen / Aufzüge / Gegenproteste von oder mit Beteiligung von Linksextremisten mit Bezug zum Thema „Antirassismus“ / Asyl im Freistaat Sachsen im Jahr 2015 – monatliche Verteilung



Aktionsformen

Die Aktivitäten zum Thema Asyl zeigten sich in zweierlei Gestalt:

1. Proteste gegen die GIDA-Demonstrationen/Gegenaktionen zum Thema Asyl sowie
2. Aktionen, die der eigenen Position zum Thema Asyl folgten.

Proteste gegen die GIDA-Demonstrationen/Gegenaktionen zum Thema Asyl

Zentrales Thema der GIDA-Demonstrationen waren im Jahr 2015 die Asylpolitik der Bundesregierung sowie die Unterbringung der Asylbewerber. Insofern richteten sich die Gegenproteste der Linksextremisten gegen die Positionen, die die GIDA-Akteure öffentlich artikulierten. Die linksextremistischen Proteste waren typische Gegenaktionen, die konfrontativ ausgerichtet waren. Das Ziel bestand in einer Be- oder Verhinderung der GIDA-Demonstrationen. Hierdurch wurde das für eine freiheitliche Demokratie elementare Schutzgut der Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Frage gestellt.

Das zeigte sich sehr deutlich in den Aufrufen:

- Bereits Ende Dezember 2014, und somit weit vor dem Veranstaltungstermin der ersten LEGIDA-Demonstration am 12. Januar 2015, wurde im Internet zur Gegenaktionen aufgerufen. Demzufolge bestand das Ziel des Protestes darin, „deutschnationale und rassistische Räume zu verunmöglichen und Rassist*innen in ihre Schranken zu weisen“. Der Aufruf endete mit *„Denn ob völkisch oder national, Deutschland ist uns scheiß egal. Wer Deutschland liebt, den/die können wir nur hassen!“*²
Zu diesem Ereignis mobilisierten Linksextremisten auch mit einem Video. Darin wurden Gegenstände und Erkennungszeichen des politischen Gegners symbolisch verbrannt. Abschließend wurde aufgefordert: „Am 12. Januar Legida & sonstige Rassisten angreifen! Leipzig bleibt rot.“
Vor allem das Video zeigt deutlich, dass es den Akteuren in Leipzig nicht darum ging, den LEGIDA-Aufzug zu blockieren oder gar eigene Positionen zum Thema Asyl zu formulieren, sondern direkt körperliche Gewalt auszuüben.

² <http://rassismus-toetet-leipzig.org> (Stand: 29. Dezember 2014)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

- Der Aufruf „Miliz statt Happening – Legida und (k)ein Ende ins Sicht“ vom 20. März 2015 forderte ebenfalls zur Konfrontation auf. Das Ziel müsse in einer Be- bzw. Verhinderung der LEGIDA-Aufzüge bestehen. Erreicht werden könne dies nur durch die Anwendung des „dezentralen Konzepts“, denn dadurch „(...) können Bullen ihre Pläne nicht umsetzen und eine Absicherung des Aufmarsches kann nicht gewährleistet werden“. Darüber hinaus sollen Sitzblockaden einbezogen werden, denn „(...) die Kombination beider Konzepte ergibt neue Möglichkeiten.“³
- In einem Aufruf für eine Demonstration am 23. August 2015 in Heidenau hieß es: „Nazis jagen!“⁴

Die Forderungen, die in den Aufrufen und Grundsatzpapieren erhoben wurden, spiegeln sich in den Aktionen der Linksextremisten wider. Sie richteten sich gegen den politischen Gegner sowie gegen die Polizei, die die Versammlungen absichert. Exemplarisch stehen dafür folgende Aktivitäten:

- Am 2. März 2015 beteiligten sich Linksextremisten an den Gegenaktionen anlässlich der LEGIDA-Demonstration in Leipzig. Die Polizei musste LEGIDA-Anhänger und Gegendemonstranten konsequent trennen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern. Dennoch kam es am Rande des Versammlungsgeschehens zu Straftaten. Etwa 15 - 20 verummte Personen griffen an einer Straßenbahnhaltestelle eine Gruppe von zehn LEGIDA-Anhängern an, dabei wurden fünf Personen verletzt. Außerdem stürmten acht Personen in eine Gaststätte und beschimpften und schlugen einen bekannten rechtsextremistischen LEGIDA-Anhänger sowie dessen Frau.
- Am 9. März 2015 beteiligten sich Linksextremisten an den Protesten gegen eine LEGIDA-Demonstration. Neben mehreren Blockadeversuchen wurde Buttersäure am Veranstaltungsort der LEGIDA-Demonstration verteilt und dadurch eine starke Geruchsbelästigung hervorgerufen.
- Am 20. April 2015 versuchten Gegendemonstranten, die Aufzugsstrecke zu blockieren und warfen Steine und Knallkörper auf Polizisten und LEGIDA-Demonstranten.
- Am 23. August 2015 verummten und bewaffneten sich ca. 200 Personen auf dem Weg zu einer Kundgebung in Heidenau mit Stöcken und Latten. Sie griffen ein Polizeiauto an und beschädigten dieses. Später wurden drei Personen angegriffen und verletzt.

Darüber hinaus führten Linksextremisten eine Reihe klandestiner Aktionen durch, die sich gegen Institutionen richteten, die in die Asylpraxis der sächsischen Landesregierung eingebunden sind, oder gegen Parteien, die der Asylpolitik kritisch gegenüberstehen. Exemplarisch dafür sind zu nennen:

- Am 24. April 2015 zerstörten unbekannte Täter in Leipzig zahlreiche Fenster- und Türscheiben am Technischen Rathaus, in dem sich auch die Ausländerbehörde befindet. Außerdem beschmutzten sie an mehreren Stellen die Fassade mit einer zähflüssigen Substanz und brachten den Schriftzug „#STOPASYLLAW“ an der Fassade an. Bereits wenige Stunden nach dem Anschlag wurde ein Bekenner schreiben mit dem Titel „[LE] Ausländerbehörde entglast“ veröffentlicht. Dem Schreiben zufolge wurde die Ausländerbehörde angegriffen, weil sie verantwortliche Behörde in der von den Verfassern kritisierten Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland sei. Allerdings wird im

³ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 23. März 2015)

⁴ <https://facebook.com/pages/Antifaschistisches-Nachrichtenportal-Sachsen> (Stand: 24. August 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Schreiben weiter ausgeführt, dass nicht nur die Asylpolitik abgelehnt werde, sondern dass die Verfasser wollen, „(...) dass sowohl Deutschland als auch die EU zu Grunde gehen. (...) No border – no nation.“⁵

- Am 6. August 2015 erfolgte in Leipzig ein Angriff auf eine Chemiefirma, deren damalige Geschäftsführerin die Bundesvorsitzende der nichtextremistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) Frau Dr. Frauke Petry war. Die Täter verwüsteten die Firmenräume, zerstörten Fensterscheiben und verschütteten Buttersäure. Unter der Überschrift „[LE] Angriff auf Unternehmen von Frauke Petry (AfD)“ bekannte sich ein „Auftragskommando Bernd Lucke oder besser – einige Autonome“ zu dieser Aktion. Als Grund für den Anschlag gaben die Verfasser an, man wolle auf die sich „drastisch zuspitzende rassistische Stimmung in Deutschland aufmerksam machen“. Verantwortlich dafür seien unter anderem die AfD und besonders Frauke Petry, da „mit der Wahl Petrys und dem Verschwinden Luckes (...) mit einer weiteren Verschärfung der rassistischen Stimmungsmache innerhalb der Partei zu rechnen [sei].“ Die Räumlichkeiten des Unternehmens von Frauke Petry habe man bewusst ausgewählt, um „sie ganz direkt zur Verantwortung zu ziehen und um ihren wirtschaftlichen Rückzugsraum zu sabotieren.“⁶
- Am 11. November 2015 verübten unbekannte Täter einen Anschlag auf die Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig. Sie beschädigten den Eingangsbereich und warfen Behältnisse mit einer braunen Substanz gegen die Glasscheiben des Gebäudes. Zu dem Angriff wurde unter dem Titel „Leipziger Landesdirektion angegriffen“ ein Bekennerschreiben veröffentlicht. Dem Schreiben zufolge steht der Angriff auf die Leipziger Landesdirektion stellvertretend für „alle Landesdirektionen, alle Politiker_innen, die uns erklären wollen, dass es zu viele Geflüchtete in Deutschland gebe (...)“. Insbesondere der Leipziger Dienststelle der Landesdirektion wird vorgeworfen, hinsichtlich der Asylthematik „zutiefst menschenverachtende Äußerungen“ getätigt zu haben. Weiter stellen die Verfasser fest: „Wir brauchen keine Regierung, die uns erzählt wer zu viel ist, keine Verwaltung, die Menschen wegsortiert und keine Bullen, die die Unterdrückung ausführen – machen wir es kurz: Wir brauchen keinen Staat und wir brauchen keine Bullen.“⁷

Die Aufrufe und Aktionen im Zusammenhang mit dem Thema Asyl entsprechen dem Selbstverständnis der autonomen Szene, welches von einer destruktiven Anti-Haltung geprägt ist. Somit ist es erklärlich, dass sich bei Gegenaktionen und den damit in Verbindung stehenden Aufrufen oder Positionspapieren kein „positives“ Ziel im Sinne eines Gegenmodells zur aktuellen Asylpolitik ausmachen lässt. Eine Instrumentalisierung der Asylpolitik lässt sich bei dieser Aktionsform nur dahingehend feststellen, dass sie – ähnlich wie beim Themenfeld Antifaschismus – lediglich als „Vehikel“ dient, gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten oder Personen und Einrichtungen des demokratischen Rechtsstaates vorzugehen.

Aktionen, die der eigenen Position zum Thema Asyl folgten

Aktionen, die in diesem Zusammenhang standen, setzten vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2015 ein. Einerseits waren sie eine Reaktion auf die politische Entscheidung

⁵ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 27. April 2015)

⁶ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 7. August 2015), Schreibweise wie im Original

⁷ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 12. November 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

der Bundesregierung zur Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu Österreich. Andererseits standen sie im Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern im Umland von Dresden.

Bei diesen Aktionen ist eine deutliche Instrumentalisierung erkennbar. Diese weist gegenwärtig folgende Tendenzen auf:

- Linksextremisten nutzen das Thema Asyl, um gegen den demokratischen Rechtsstaat zu agitieren und das staatliche Gewaltmonopol in Frage zu stellen.
- Linksextremisten versuchen, Asylbewerber in ihre Aktionen oder in linksextremistische Strukturen einzubinden.
- Durch Schleusungsaktionen sollen politische Entscheidungen des demokratischen Rechtsstaates zum Flüchtlingsthema unterlaufen werden.
- Das Thema Asyl wird mit umfassender Gesellschaftskritik und Ablehnung des demokratischen Rechtsstaats verbunden.

Das Vorgehen gegen den demokratischen Rechtsstaat zeigte sich besonders bei Aktionen von Juli bis Ende August 2015. Diese standen in Zusammenhang mit der Unterbringung von Asylbewerbern in Freital, Heidenau und Dresden. Die Linksextremisten erhoben den Anspruch, die Unterkünfte vor Rechtsextremisten und Rassisten „schützen“ zu müssen, da staatliche Stellen hierzu nicht willens und in der Lage seien. Aus dieser Selbstermächtigung heraus suchten sie situationsabhängig die Konfrontation mit gewaltbereiten Asylgegnern. Gleichzeitig versuchten sie, die aktuelle Asyl-Problematik propagandistisch zu nutzen, um staatliches Handeln in Frage zu stellen und anzuklagen und so das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat zu schwächen.

Für diese Tendenz sind exemplarisch folgende Aktionen zu nennen:

- Am 24. Juli 2015 riefen u. a. die linksextremistischen „Undogmatische Radikale Antifa Dresden“ (URA Dresden) und das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“, in dem auch Linksextremisten aktiv sind, zu einer Kundgebung vor einer Unterkunft in Dresden auf. Die URA Dresden bezeichnete später „Bullen und Politik“ als „Teil des Problems“ und bekräftigte die andauernde Notwendigkeit „linke(r) Intervention“. Weiter heißt es: *„Der Mob fühlt sich legitimiert durch eine hasserfüllte Stimmung, die u. a. durch Positionen der CDU/CSU aber auch durch PEGIDA-Demonstrationen und sogenannten ‘Bürgerbewegungen’ erzeugt und befeuert wird.“*⁸
- Sächsische Linksextremisten mobilisierten u. a. mit Beiträgen auf von Linksextremisten genutzten Internetportalen für eine Aktion am 22. August 2015 in Heidenau. Dabei beanspruchten sie vordergründig, sich für den Schutz der Asylbewerber einzusetzen. Gekoppelt wurde dies aber mit der Konfrontation mit tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten. Ziel war es, sich *„dem Rassistenmob entgegenzustellen und die Asylsuchenden zu schützen“*⁹, da davon ausgegangen wurde, dass Asylgegner auch an diesem Tag dort Aktionen durchführen würden. Zahlreiche Linksextremisten beteiligten sich schließlich an einer nichtextremistischen spontanen Pro-Asyl-Kundgebung vor der Asylbewerberunterkunft mit insgesamt ca. 250 Teilnehmern. Da die Konfrontation an die Schutzfunktion gebunden wurde, war eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten eher defensiv anzusehen. Dass für Linksextremisten die Verhinderung einer rechtsextremistischen Demonstration mit Gewalt verbunden ist, zeigte sich in ihrer

⁸ <http://uradresden.noblogs.org> (Stand: 27. Juli 2015), Schreibweise wie im Original

⁹ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 24. August 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Agitation. So führten sie ein Transparent mit dem Symbol der „Antifaschistischen Aktion“ sowie der Aufschrift „Nazis stoppen bleibt Handarbeit!“ mit.

- Herausragende Bedeutung besaß die Demonstration am 29. August 2015 in Dresden unter dem Motto „Es reicht! Schutz für Geflüchtete statt Verständnis für Rassisten!“. Dies zeigte sich an einer hohen Teilnehmerzahl von insgesamt ca. 5.000 Personen, darunter ca. 500 Linksextremisten aus Sachsen und anderen Bundesländern. Bei der Mobilisierung im Vorfeld hatte es in einem Beitrag auf einem von Linksextremisten genutzten Internetportal gewaltbefürwortende Aussagen gegeben. Die linksextremistische „Radikale Linke Berlin“ schrieb dort unter der Überschrift „Die Zeit der Sitzblockaden ist vorbei“: *„Wir fahren nach Dresden, weil wir an den Türen der faschistischen Schreibtischtäter der sächsischen Landesregierung hämmern wollen“* sowie *„Nazis angreifen, ob auf der Straße oder in den Behörden“*.¹⁰

Eine weitere Form der Instrumentalisierung waren Versuche, Asylbewerber für Aktionen zu mobilisieren oder in eigene Strukturen zu integrieren. Das zeigte sich bei Aktivitäten in Dresden und Leipzig.

- In Dresden versuchten Linksextremisten, die Stimmungslage nach dem gewaltsamen Tod eines Asylbewerbers aus Eritrea am 12. Januar 2015 in Dresden zu nutzen und riefen zur Teilnahme an der „antirassistischen“ Demonstration einer nicht extremistischen Pro-Asyl-Initiative am 28. Februar 2015 in Dresden auf. Die URA Dresden machte mit einem Aufruf ihre damit verbundene Interessenlage deutlich und gab eine Einschätzung zu Stand und Perspektive ihrer auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten Bestrebungen:

*„Der direkte Diskurs mit den Herrschenden ist gescheitert. (...) die radikale Linke muss sich an den partikularen emanzipatorischen Kämpfen beteiligen, diese vorantreiben und Brüche mit der herrschenden Ideologie erzeugen.“*¹¹

Eine den Asylbewerbern, Migranten und ihren Unterstützern zugeordnete Rolle sieht sie in der Beispielwirkung von deren „Selbstorganisation“ im „Kampf für gleiche Rechte“. Diese trage die Chance zum Aufbau „solidarischer Basisstrukturen“ in sich, die „zu mehr als symbolischem Protest“ fähig seien. Darüber hinaus zeigt sich auch die Absicht, Asylsuchenden linksextremistische Vorstellungen zu vermitteln, sie in linksextremistische Strukturen zu integrieren oder sie als neue Bündnispartner zu gewinnen. So fahren die Verfasser in ihrer Argumentation fort:

*„Für die radikale Linke gilt es, diese Selbstorganisation zu stützen und auszuweiten, hin zu einer echten Alternative zur bestehenden Konkurrenzlogik. Diese Auseinandersetzungen mit unterschiedlichen Formen von Herrschaft tragen unsere Hoffnung auf eine befreite Gesellschaft in sich. Der Kampf der Refugees ist ein bemerkenswertes Beispiel solch einer Selbstorganisation.“*¹²

- Eine Einbindung von Asylbewerbern in Aktionen der linksextremistischen Szene zeigte sich auch in Leipzig.

¹⁰ <https://linksunten.indymedia.org> (Stand: 28. August 2015), Schreibweise wie im Original

¹¹ <http://uradresden.noblogs.org> (Stand: 20. Februar 2015)

¹² <http://uradresden.noblogs.org> (Stand: 20. Februar 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Am 24. August 2015 verhinderten etwa 500 Personen, darunter Linksextremisten, mit einer Blockadeaktion die Verlegung von Asylsuchenden aus der Sporthalle der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) in Leipzig-Connewitz nach Heidenau. Sie folgten damit einem kurz zuvor veröffentlichten Aufruf¹³, in dem über die geplante Verlegung informiert und dazu aufgerufen wurde, vor Ort zu erscheinen und dies zu verhindern. Die Aktion wurde im Nachgang als Erfolg bewertet, und es wurde aufgerufen, am Folgetag erneut vor der Unterkunft die weiteren Verhandlungen kritisch zu begleiten und die Asylsuchenden zu unterstützen.¹⁴ Schließlich versammelten sich am 25. August 2015 etwa 1.000 Personen, darunter auch Asylsuchende, vor der HTWK-Halle und demonstrierten friedlich unter dem Motto „Schutz für Geflüchtete statt Verständnis für Rassist*innen!“.

Sehr klare Vorstellungen, inwieweit Asylbewerber in eine linksextremistische Struktur integriert werden könnten, besitzt die anarchosyndikalistische Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU). So veröffentlichte die FAU-Dresden am 1. August 2015 unter dem Titel „Arbeitskämpfe, Erwerbslosigkeit, Beratung, Bildung und Kultur in der FAU Dresden“ einen Beitrag, in dem eine Strategie für die Einbindung von Asylbewerbern in die Organisation der FAU skizziert wird.

Diese basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen:

1. Unterstützung von Arbeitsmigranten bei Lohnkämpfen mit perspektivischer Einbindung in die FAU sowie
2. Abbau von Sprachbarrieren verbunden mit einer wöchentlichen Beratung durch Mitglieder der FAU.

Die beabsichtigte Unterstützung von Asylbewerbern in Dresden durch die FAU beruhte auf einer Einschätzung ihrer Lage. So stellen die Verfasser fest, „(...) dass in der rassistischen Pogrom-Stimmung ein Kampf um die Straßenpräsenz aktuell nicht zu gewinnen ist.“ Daraus leiteten sie sowohl kurz- als auch längerfristige Maßnahmen ab. Kurzfristig war beabsichtigt, „(...) die Lebenssituation der Flüchtlinge nach Möglichkeit zu verbessern und den Schutz vor Faschist_innen und Rassist_innen zu leisten, den die sächsische Polizei den Betroffenen verwehrt.“ Darüber hinaus wurde die Meinung vertreten „(...) dass es eine grundsätzliche Darstellung sozialer und systemischer Alternativen und eine antirassistische wie antikapitalistische Grundbildung an den Schulen, in den Betrieben, Nachbarschaften und Erwerbsloseninitiativen braucht, um langfristig aus dem Rechtsschwenk der Gesellschaft heraus zu kommen.“ Deshalb – so die Schlussfolgerung – wollte man versuchen, „Bildungsarbeit (...) wo immer möglich zu leisten.“ Perspektivisch zielte man darauf ab, Asylbewerber in öffentliche Aktionen der FAU einzubinden. So hieß es dazu: „Gleichzeitig wollen wir mit gemeinsamen Kämpfen von deutschen, ausländischen und migrantischen Kolleg_innen in der Praxis Ressentiments auflösen und ein greifbares Solidaritätsgefühl wecken.“¹⁵

Als eine anarchosyndikalistische Gewerkschaft setzt sie ihren inhaltlichen Akzent vorrangig auf den Arbeitskampf, wobei Debatten über Lohnpolitik sowie über Mindestlohn und Tarife den Schwerpunkt bilden. Das Ansinnen der FAU-Protagonisten, Asylbewerber perspektivisch in die Gewerkschaftsarbeit einzubinden, ist als eine strategische Option anzusehen. Vor allem mit der angestrebten Integration von Asylbewerbern in den Arbeitsmarkt dürften diese für eine anarchosyndikalistisch ausgerichtete Gewerkschaft eine wichtige Zielgruppe darstellen. Der veröffentlichte Artikel weist deutlich in diese Richtung.

¹³ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 25. August 2015)

¹⁴ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 25. August 2015)

¹⁵ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 3. August 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

Auf die Wiedereinführung der Grenzkontrollen zu Österreich reagierte die Leipziger linksextremistische Gruppe PRISMA – Interventionistische Linke Leipzig. Unter dem Motto „Refugee Convoy Leipzig – Ungarn – Wien“¹⁶ organisierte diese Gruppierung für den 14./15. September 2015 einen Autokonvoi in Richtung ungarisch-österreichische Grenze, um Asylbewerbern bei der Einreise zu helfen. Dass es den Akteuren bei dieser Aktion um das Unterlaufen einer politischen Entscheidung der Bundesregierung ging, zeigte sich in einer Presseveröffentlichung von PRISMA¹⁷. Dieser Erklärung zufolge sei der Konvoi „Teil einer Gegenbewegung zu dieser Politik der Abschottung“, außerdem kündigte man an, dass man Wege finden werde, die „kaltherrige Abschottungspolitik zu unterlaufen“.

Für Linksextremisten stellen die Grenzkontrollen einen Akt „staatlicher Repression“ dar, der bekämpft werden muss, so dass die Fluchthilfe als eine „legale Aktion“ angesehen und außerhalb der eigenen Klientel auch so vermittelt wird. Die „Asylthematik“ wird dabei mit dem Themenfeld „Antirepression“ verknüpft. Dadurch lassen sich diese Straftaten nicht nur begründen, sondern auch legitimieren, zumal dies in der Öffentlichkeit als „Solidarität mit Flüchtlingen“ propagiert wird.

Die Absicht der Linksextremisten, das Thema Asyl mit einer umfassenden Gesellschaftskritik zu verbinden und die Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates zu begründen, zeigt sich deutlich in einem Aufruf für eine Demonstration am 24. Oktober 2015 in Leipzig.

Der Anlass für die Demonstration war der fünfte Jahrestag des ausländergefährlich motivierten Mordes an Kamal K. in Leipzig. Der gebürtige Iraker war am 24. Oktober 2010 in Leipzig ermordet worden. Seitdem nehmen Linksextremisten dieses Ereignis zum Anlass, um in der Öffentlichkeit gegen den demokratischen Rechtsstaat zu agitieren, wobei den Behörden bei der Aufklärung des Tötungsdeliktes Versagen vorgeworfen wird.

Im Aufruf zu dieser Demonstration wurde eine umfassende Gesellschaftskritik aus linksextremistischer Perspektive publiziert. Unter der Überschrift „LEIPZIG TÖTET!“ wurden alle Tötungsdelikte explizit aufgeführt, die zwischen 1990 und 2015 in Leipzig begangen wurden, und bei denen die Verfasser davon ausgehen, dass die Betroffenen einerseits ausnahmslos Opfer „rechter“ Gewalt seien. Andererseits stellten sie aber fest: *„Dass jedoch hinter einer rechten Gewalttat bzw. rechts-motivierten Mord nicht per se organisierte Neonazis oder Menschen mit neonazistischen Einstellungen stehen müssen (...).“* Die Ursache dafür sehen sie in den gesellschaftlichen Verhältnissen, da – so argumentieren die Autoren – die Morde *„lediglich ein Spiegelbild gesellschaftlicher Zustände [seien], jener also, die solche Morde erst möglich machen.“* Das sehen sie als eine Konstante an, die schließlich unter der Überschrift „SACHSEN TÖTET! DEUTSCHLAND AUCH!“ fortgesetzt wird.¹⁸

In ihre Argumentation bezogen die Verfasser auch die aktuellen Debatten um die Asylpolitik der Bundesregierung mit ein. Dabei gingen sie deutlich auf Distanz zu jenen bürgerlichen Kräften, die um eine Entschärfung des Konflikts und um Dialog mit asylkritischen Demonstranten bemüht sind. So hieß es: *„Fast täglich finden sich alleine in Sachsen tausende Rassist_innen an vielen Orten zusammen, um ihr so genanntes ‚deutsches Abendland‘ völkisch weiß und ‚ausländerfrei‘ zu halten. Verständnis und Unterstützung für ihre Forderungen erhalten sie dabei von Politik, Kultur, Kirche und Medien.“* Die Schlussfolgerung die daraus gezogen wurde: *„TOLERANZ TÖTET!“*.

Zu jenen, die durch ihre Toleranz ein „Töten“ ermöglichen, gehören aus Sicht der Autoren aber auch linke Kräfte. Denn, so hieß es weiter: *„Dazu gehört aber auch eine linke oder*

¹⁶ <https://linksunten.indymedia.org/de> (Stand: 14. September 2015)

¹⁷ <http://prisma.blogspot.de> (Stand: 16. September 2015)

¹⁸ <http://www.rassismus-toetet-leipzig.org> (Stand: 29. Oktober 2015)

Beitrag aus: „Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2015“

antirassistische Szene/Bewegung, die all die Widersprüche in dieser Gesellschaft aushält und erträgt.“ Dieser wird unterstellt, dass es ihnen nicht um Solidarität mit Flüchtlingen gehe, sondern nur um das Ansehen einer Stadt oder des Landes, da sie „(...) zusammen mit Rassist_innen und Politiker_innen aller Parteien, Willkommensfeste‘ feiere, um am Image des ‚freundlichen‘ und ‚weltoffenen Deutschland‘ zu basteln (...).“¹⁹

Zusammengefasst besitzt das Thema Asyl für Linksextremisten somit folgende Funktionen:

- Es ermöglicht Linksextremisten, sowohl gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten (Asylgegner) als auch gegen Personen und Institutionen des politischen Systems vorzugehen, die in die Asylpolitik involviert oder mit der Unterbringung von Asylbewerbern betraut sind.
- Es ermöglicht Linksextremisten, mit eigenen Positionen zum Thema Asyl den demokratischen Rechtsstaat zu delegitimieren und ihn als „rassistisch“ und faschistisch“ zu diffamieren.
- Es ermöglicht Linksextremisten, Koalitionen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren einzugehen. Insofern besitzt es eine Brückenfunktion. Die Bündnisse zwischen diesen beiden Lagern können dazu führen, dass linksextremistische Positionen zu diesem Thema zunehmend gesellschaftliche Akzeptanz finden.